

Keine Chance für Nazis...

Zwei Vertreter der NPD in der Neuköllner BVV, ganz rechts außen in der letzten Reihe. Die demokratischen Parteien werden sich politisch mit ihnen auseinandersetzen, um die Demokratie vor ihren Feinden zu bewahren.

Seite 2

10 Jahre Frauenviertel in Rudow...

Das erste Frauenviertel Deutschlands entstand in Rudow. 20 Straßen und Plätze in der so genannten Gartenstadt wurden nach verdienstvollen Frauen benannt. Eine Ausstellung erinnert an die Namensgeberinnen.

Seite 4

Neukölln neu denken...

Grüne, SPD und Linke.PDS haben sich für die nächsten fünf Jahre viel vorgenommen, um Neukölln voran zu bringen. „Modern denken und mutig handeln“, so nennen sie ihr Sachprogramm für die Zukunft Neuköllns.

Seite 5

Neuköllner Stachel

Bündnis 90/Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln

Nr. 159, Dezember 2006

Nach der Wahl:

Neues Bezirksamt mit grüner Stadträtin

Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV) konstituiert



Verabredet waren die gewählten Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln am 26. Oktober nachmittags um fünf im BVV-Saal des Rathauses. Allerdings: Viele von ihnen waren schon früher da. Es galt doch, bei den angemeldeten Anti-NPD-Demos Gesicht und Präsenz zu zeigen. Ein komisches Gefühl, durch Polizeispaliere das Neuköllner Rathaus zu betreten. Aber eine verabredete Vorsichtsmaßnahme, sollten hier irgendwelche NPDler versuchen, eine Tribüne für ihre Propaganda zu schaffen. Im Saal war es dann viel ruhiger. Die beiden gewählten Bezirksverordneten der NPD saßen in der ihnen zugewiesenen rechten Ecke und hatten keine Möglichkeit sich einzubringen. Oben auf den Tribünen hatten Bürgerinnen und Bürger Platz gefunden, nicht aber Sympathisanten der NPD.

Roth von Kieseritzky (FDP) eröffnete die Sitzung als Alterspräsident und leitete sie souverän bis zur Wahl der BVV-Vorsteherin Hannelore Schlottmann (SPD). Sie wurde mit einer übergroßen Mehrheit von 50 der insgesamt 55 Stimmen gewählt. Frau Schlottmann griff in ihrer Antrittsrede die Anwesenheit der beiden NPDler auf und wies darauf hin, dass die demokratischen Parteien sich einig sind, Angriffe von Rechts abzuwehren und nicht dazu bereit sind, der NPD eine Bühne in der BVV bereitzustellen. Die Bildung des neuen Bezirksamts begann mit der Wahl des Bürgermeisters, es folgten die Wahlen der Stadträte. Heinz Buschkowsky (SPD), alter und auch neuer Bürgermeister erhielt im ersten Wahlgang 32 Stimmen und war damit gewählt. Kein berauschendes Ergebnis, aber immerhin zwei Stimmen mehr als SPD, Grüne und Linke.PDS haben. Danach kandidierte Stefanie Vogelsang (CDU) für das Bezirksamt. Für sie stimmten 24 Bezirksverordnete. Das hat gerade so gereicht, um nicht in einen zweiten Wahlgang zu müssen. Wolfgang Schimmang (SPD) wurde mit überwältigenden 46 Stimmen zum Stadtrat gewählt, sein Parteifreund Thomas Blesing erhielt immerhin noch 40 Stimmen. Michael Büge (CDU) konnte mit 27 Stimmen punkten – drei mehr als seine Kreisvorsitzende – auch dies ein Zeichen.

Als letzte Stadträtin stand nun die Kandidatin von Bündnis 90/Die Grünen zur Wahl: Gabriele Vonnekold – eine gebürtige Neuköllnerin und Gründungsmitglied der Alternativen

Liste, der Vorgängerin der heutigen Bündnisgrünen, mit Erfahrung im Abgeordnetenhaus und seit mehr als 30 Jahren politisch aktiv. Welches Ergebnis würde sie erhalten – sicher die 30 Stimmen der Zählgemeinschaft – aber darüber hinaus?

Grüne Stadträtin mit zweitbestem Ergebnis

Gabriele Vonnekold wurde mit 43 Stimmen gewählt, eine kleine Sensation. Also bis weit hinein in das „bürgerliche Lager“ hatten die Bezirksverordneten für sie gestimmt. Sie schaffte damit das zweitbeste Ergebnis der Wahlen. Politisch war das sicher kein Vorbote schwarz-grüner Gedankenspiele. Es war wohl mehr eine Anerkennung der Erfahrung und der Kompetenz der grünen Kandidatin.

In der darauf folgenden Sitzung des



Gratulation zur eindrucksvollen Wahl durch den neuen Vorsitzenden der Bündnisgrünen BVV-Fraktion, Heinz Wagner Foto: jüb

frisch gewählten Bezirksamtes wurde die Verteilung der Geschäftsbereiche vorgenommen: Heinz Buschkowsky bleibt Bezirksbürgermeister – natürlich – und verantwortet die Geschäftsbereiche Finanzen und Wirtschaft. Dies wird ihn in Zukunft wohl so sehr beschäftigen, dass er früher und immer gern betreuten Bereich Sport seinem Parteifreund Wolfgang Schimmang überlässt. Der leitet die Abteilungen Bildung, Schule, Kultur und Sport. Neu im Amt als Baustadtrat ist Thomas Blesing, der bisher das Ressort Jugend innehatte. Dafür wechselt Frau Vogelsang in das Ressort Bürgerdienste und Gesundheit und Michael Büge übernimmt die Verantwortung für Soziales, Wohnen und Umwelt.

Mit der Wahl von Gabriele Vonnekold zur Stadträtin wird der grüne Wahlerfolg vom 17. September 2006 nun auch im Bezirksamt sichtbar.

In den kommenden 5 Jahren wird es darum gehen, grüne Jugendpolitik in Neukölln umzusetzen. Dabei sollen die Mittel für die Jugendhilfe erhalten und mehr Geld zur Förderung freier Träger bereitgestellt werden. Insbesondere im Norden Neuköllns ist es wichtig, zusätzliche Mittel zur Einrichtung und Unterstützung von Streetworkern und Jugendeinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Der Norden Neuköllns braucht dringend mehr Jugendeinrichtungen, denn während im Süden des Bezirkes für je 1.202 Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 18 Jahren einer der 17 Jugendclubs zur Verfügung steht, müssen sich im Norden 2.108 eine der dortigen 9 Einrichtungen teilen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die finanzielle Absicherung von Beratungsstellen für Jugendliche mit ungenügender Ausbildung, um gemeinsam mit den Jugendlichen eine berufliche Perspektive zu entwickeln. Der Wahl von Gabriele Vonnekold vorausgegangen waren mehrere Verhandlungsrunden mit der SPD und Linke.PDS. In ihnen wurden die inhaltlichen Ziele festgesteckt, die die Zählgemeinschaft nun in

Neuköllns schöne Seiten

SOLON AG -

Vorzeigebetrieb in Sachen Ökologie



Neukölln hat ein Glanzlicht für ökologische Innovation in seinen Mauern: Das Unternehmen Solon AG. Im Jahr 1997 gegründet war es nach dem Börsengang 1998 das erste börsennotierte Solarunternehmen in Deutschland. SOLON ist einer der führenden deutschen Hersteller von Solarmodulen und Anbieter von Photovoltaiksystemen für solare Großkraftwerke. Das Wort Photovoltaik ist eine Zusammensetzung aus dem griechischen Wort für Licht und dem Namen des Physikers Volta. Es bezeichnet die direkte Umwandlung von Sonnenlicht in elektrische Energie.

Die Solarbranche hat sich in den letzten Jahren zu einer wahren „Job-Maschine“ entwickelt, sie beschäftigt über 35 000 Menschen – Tendenz stark steigend. Diese positive Entwicklung hat sich auch in dem Neuköllner Unternehmen bemerkbar gemacht. Sowohl Umsatzsteigerungen von annähernd 100 Prozent, wie auch stark steigende Gewinne haben fast zu einer Verdoppelung der Zahl der

Mitarbeiter geführt. Derzeit sind 518 Mitarbeiter im SOLON-Konzern beschäftigt.

Kein Wunder: Denn das Generalthema Energie ist heute wie kein anderes in der öffentlichen Wahrnehmung präsent. Zu Ende gehende fossile Brennstoffe und bedrohliche Klima-Veränderungen durch anhaltend hohe CO₂-Emissionen stärken mehr und mehr die Erkenntnis, dass wir in Zukunft auf Erneuerbare Energien angewiesen sind. Und die Top-Energiequelle der Zukunft dürfte die Sonne sein...

„970 Billionen Kilowattstunden fallen täglich auf die Erde. Schlecht, wenn wir sie nicht nutzen!“ So heißt es in einem Werbefilm der Solar-Branche.

Die SOLON AG legt dazu ein eindringliches Bekenntnis ab: „Wir sind leidenschaftliche Kämpfer für den ökologischen Wandel im Energiemarkt. Wir revolutionieren mit Innovationen die Nutzung der Sonnenenergie.“

Ein durch und durch grünes Bekenntnis, schön für Neukölln!
jüb

den nächsten 5 Jahren für Neukölln umsetzen will. Der ambitionierte 50-Punkte-Plan trägt den Titel „Modern denken und mutig handeln – für ein Neukölln mit Zukunft“ und ist die

politische Grundlage für die Arbeit der gestärkten grünen Rathausfraktion. (Der Neuköllner Stachel dokumentiert die wichtigsten Vorhaben auf Seite 5 dieser Ausgabe.) Heinz Wagner



Das neue Bezirksamt Neukölln, von links: Stefanie Vogelsang (CDU), Heinz Buschkowsky (SPD), Gabriele Vonnekold (Grüne), Wolfgang Schimmang (SPD), Michael Büge (CDU) und Thomas Blesing (SPD) - Der Neuköllner Stachel wünscht eine „glückliche Hand“ bei der Lösung von Problemen in Neukölln, für Neukölln!
Foto: jüb

Berlins größter Bio-Discount
 Alkoholmarkt - Dauerniedrigpreise - Fachberatung - Ideal für den großen Bedarf

BIG BIO DISCOUNT
 natürlich intelligent einkaufen

Barglastr. 36 (AB GrenzaBee) · 12067 Berlin · Mo-Fr 13-19 u. Sa 9-14 Uhr · Fon 68056661 · www.big-bio.net

Bericht aus Brüssel



Europa...
... und die City-Maut

Von Michael Cramer, MdEP und verkehrspolitischer Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament

Über 53 Prozent der Bewohner Stockholms sprachen sich kürzlich dafür aus, eine vor sieben Monaten testweise eingeführte City-Maut nunmehr dauerhaft zu erheben, um so den Auto-Verkehr in der Innenstadt zu reduzieren.

Die Bevölkerung ist offenbar klüger als manche Politiker denken. Nach London - dort wurde die rot-grüne Regierung unter Ken Livingston nach Einführung der City-Maut wiedergewählt - bestätigte nun auch in Stockholm ein Referendum die City-Maut. Diese hatten die Grünen nach harten Verhandlungen mit der Sozialdemokratie durchgesetzt.

Damit befürwortete die Bevölkerung in Stockholm den siebenmonatigen Modellversuch: Der Rückgang des Autoverkehrs um 20-25 Prozent übertraf die Erwartungen, die Emissionen sanken und die Luftqualität wurde deutlich besser. Bus, Bahn, Fahrrad und das Zu-Fuß-Gehen wurden immer beliebter.

Die Erfahrungen von London und Stockholm zeigen einmal mehr: In den Städten mit Verkehrsproblemen liegen die Lösung und das Geld auf der Straße! Städte mit mutigen und umweltgerechten Verkehrspolitikern zeigen den städtischen Ballungsräumen, in denen 80 Prozent der EU-BürgerInnen leben, wie diese Probleme zu lösen sind. NachahmerInnen sind im Interesse von Umwelt und Verkehr dringend erwünscht.

Keine Chance für Nazis in Neukölln

Neuköllner wählen zwei Vertreter der NPD in die BVV

von Heinz Wagner, Fraktionsvorsitzender der Bündnisgrünen

Da sitzen sie nun in der BVV – ganz rechts außen in der letzten Reihe – die beiden Vertreter der NPD. Und die demokratischen Parteien werden sich in den nächsten fünf Jahren mit ihnen auseinandersetzen müssen. Viel weiß man noch nicht über die beiden, weder wie aktiv sie sein werden, noch wie viel Unterstützung sie durch ihre Partei bekommen werden. Eines scheint aber jetzt schon klar: Die Anträge der beiden werden aller Voraussicht nach in Köpenick geschrieben, dort hat ihre Partei ihren Bundesvorstand sitzen.

Für die Neuköllner BVV ist es wichtig, dass sie nur zu zweit sind, denn dadurch haben sie keinen Fraktionsstatus und in den Ausschüssen zwar ein Rede- und Antragsrecht, aber eben kein Stimmrecht. Wir brauchen daher in Neukölln auch keine Änderungen der Geschäftsordnung der BVV, sondern die vorhandenen Regularien werden ausreichen, um die Demokratie vor ihren Feinden zu bewahren.

Während der ersten beiden BVV-Sitzungen haben sie noch keine Gelegenheit gefunden sich zu äußern. Aber bereits zur zweiten Sitzung hatten sie sich Verstärkung mitgebracht und etwa 10 weitere „Glatzen“ bevölkerten die Tribüne im BVV-Saal. Es ist zu erwarten, dass sie diese Nummer noch öfter versuchen. Der Polizeischutz für die BVV wird also noch eine Weile von Nöten sein. Mindestens so wichtig wie die Anwesenheit der Ordnungshüter wird es allerdings sein, demokratische Öffentlichkeit auf den Tribünen herzustellen, indem die demokratischen Parteien ihre Mitglieder und interessierte Bürgerinnen und Bürger mobilisieren. So waren zur letzten BVV zum Beispiel viele Mitglieder der türkischen Community auf der Tribüne erschienen, um sichtbar ein Zeichen für ein multikulturelles Neukölln zu setzen.

Was wir Grünen tun

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in der BVV Neukölln hat bereits an einer Veranstaltung mit dem Mobilen Beratungsteam teilgenommen und auch Absprachen mit den anderen demokratischen Parteien in der BVV getroffen. Dabei geht es inhaltlich darum, den „Fraktionslosen“ in der BVV Neukölln keine Bühne zu bieten und Anträge so zu formulieren, dass die beiden NPDler ihnen nicht zustimmen können, und so sicherzustellen, dass die eigenen eingebrachten Anträge nicht auf die Zustimmung der NPD angewiesen sind, sondern eigene Mehrheiten finden. Zwischen den

demokratischen Parteien gibt es Übereinstimmung in dieser Frage, und insbesondere die Zahlgemeinschaft aus SPD, Grünen und Linke. PDS sieht sich hier in der Zukunft in der gemeinsamen politischen Verantwortung. Das politische Ziel der demokratischen Parteien muss es sein, dass in der nächsten BVV in 5 Jahren keine NPDler mehr sitzen.

Dazu ist es sicher notwendig, sich den Wählerinnen und Wählern der NPD zuzuwenden und zu sehen, aus welcher Motivation heraus sie die NPD gewählt haben. War es Frust über die eigene Perspektivlosigkeit oder sind in unserer Gesellschaft Gruppen und Zusammenhänge entstanden, die aus einem geschlossenen rechtsradikalen

Gebrochene Wahlversprechen
BUND Berlin kritisiert geplanten Weiterbau der A100

Scharfe Kritik übt der Bund für Umwelt und Naturschutz Berlin (BUND) an der Absicht des neuen rot-roten Senats, die Stadtautobahn A 100 bis zum Treptower Park weiter zu bauen. Dies würde nicht nur unzählige Kleingärten in Neukölln zerstören, die spätere Weiterführung nach Friedrichshain würde zudem massiv in gewachsene Stadt-Strukturen eingreifen.

Der Bund nennt es „wirtschaftlichen und ökologischen Irrsinn“, für den Bau einer drei Kilometer langen Stadtautobahn Hunderte von Millionen Euro auszugeben, während gleichzeitig das Geld für die Sanierung von U- und Straßenbahn, Straßen und Radwegen fehle.

Dazu erklärt Tilmann Heuser, Landesgeschäftsführer des BUND Berlin: „Versprochen? Gebrochen! Auch für SPD und Linkspartei gilt bei der A 100 das neue Müntefering'sche Gesetz: Was kümmern mich nach der Wahl meine Wahlversprechen. Beide Parteien haben sich im Wahlkampf gegen den schnellen Weiterbau der



Aufforderung an alle Neuköllner, solidarisch gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus Stellung zu nehmen.

Weltbild heraus die NPD wählen? Letztere sind sicher schwer zu erreichen und zu bekehren. Bei den anderen gibt es eher Möglichkeiten sie zum Umdenken zu bewegen. Das Ziel grüner Politik ist es natürlich, hier aufklärend zu wirken und die Zuwendung zur NPD erst gar nicht entstehen zu lassen. Dafür müssen die Grundsteine in den Schulen und Jugendeinrichtungen gelegt werden, damit sich die Jugendlichen nicht bereits dort das Gedankengut der Nazis zu Eigen machen.

A 100 ausgesprochen. Sechs Wochen später wollen sie nun die Planung für dieses Projekt zügig vorantreiben.“

Positiv bewertet der BUND: Der neue Berliner Senat will auf die Weiterführung der so genannten „Kanzler-Linie“, der U5, verzichten. Tilmann Heuser fordert von den Politikern einen grundlegenden Paradigmenwechsel für die Verkehrsinvestitionen:

„Welche Berliner Verkehrsprojekte realisiert werden, sollte sich eher nach den Prioritäten der Berliner Verkehrsplanung richten und nicht nach den Finanztopfen des Verkehrsministers.“

Bei den Finanzverhandlungen mit der Bundesregierung müsste Klaus Wowereit daher darauf drängen, dass der Bund nicht zweckgebunden Geld für den Autobahnbau oder die Verlängerung der U 5 zu Verfügung stelle, sondern dass das Geld für die effizientesten und stadtverträglichsten Verkehrsinvestitionen verwendet wird, zum Beispiel den Ausbau des Straßennetzes.“

gen Trägervereins F.U.N. Besonders die beiden emsigsten Mitstreiter, Elfriede und Siegfried Menzel aus der Gropiusstadt, hatten genug.

„Wir bedauern das Ende des stadt- und klimapolitisch über Jahrzehnte engagierten Vereins sehr“, erklärte Jürgen Biele von den Neuköllner Grünen: „Die frühere Alternative Liste und später Bündnis 90/Die Grünen waren die einzige Berliner Partei, welche die BISS-IGT immer politisch geschlossen und zeitweise auch personell unterstützt haben.“

Manfred Herrmann

Verkehrsinitiative BISS-IGT löst sich auf
Desinteresse der Politik und Mitgliederschwind sorgen für Aufgabe

Eine der ältesten Berliner Verkehrsinitiativen löst sich zum Jahresende auf: der „Verein zur Förderung von Umwelt- und Naturschutz in Berlin“ (F.U.N.), besser bekannt unter dem Namen seiner wichtigsten Projektgruppe, der „Bürgerinitiative Stadtring-Süd - Interessengemeinschaft Teltowkanal“ (BISS-IGT). Seit 1976 hatte die Initiative vor allem gegen den Weiterbau der Stadtautobahn von Tempelhof nach Neukölln und später nach Schönefeld und zum Treptower Park gekämpft.

Die seit 1990 ost-west-übergreifend organisierte Bürgervereinigung engagierte sich auch gegen andere Straßenprojekte, gegen Hotels und Parkplätze im Plänterwald und für die Wiedereröffnung des dortigen Eierhäuschens.

Anfangs residierte die BISS um ihren damaligen Sprecher Thomas Pudelko in einem besetzten Haus in der Britzer Wederstraße. Nach dessen Abriss 1996 trafen sich die Aktiven im „Tollhaus“ in der Behringstraße in Baumschulenweg. Breite Bürgerproteste verhinderten die

/SPD-Landesregierungen schlugen hingegen unter dem Vorwand der Schaffung von Ost-West-Verbindungen und unter Missbrauch der von der DDR enteigneten Mauergrundstücke die Trasse bis nach Schönefeld durch. Die schrumpfende Zahl von Mitgliedern, mangelnde Unterstützung in der Politik und sogar von Räumungsbetroffenen wie den Laubengiepern bewirkten den Niedergang des gemeinnützi-

Rundbrief 42 BISS Dezember 2005

Bürgerinitiative Stadtring-Süd Teltowkanal

Klage abgewiesen
- und ein Stück TVO mehr -

Verwaltungsgericht Berlin-Moabit. Ich sichtbar zusammen muss? den volle Tage Verhandlung im Wer aber ist nun der Beklagte, sonnen August 2005, vier wer sind die Kläger und warum... und ein Stück TVO mehr...



Jahrzehntlang informierte ein Rundbrief über die Aktivitäten der Bürgerinitiative und erläuterte ökologische und politische Zusammenhänge.

BISS/IGT Behringstraße 33 12437 Berlin Kontakt über: Tel. 604 54 04 mail@BISS-IGT.de Seite Inhalt 1. Klage abgewiesen - und ein Stück TVO mehr...

Ristorante - Pizzeria hausgemachte Nudeln selbst importierte Weine Steinfischpizzeria Fischspezialitäten

Erkstr. 10 - 12043 Berlin Tel.: 030 / 68 08 79 46



Auf einer anderen politischen Ebene kann aber auch durchaus noch mal über ein Verbot der NPD nachdenken – zumal die NPD jetzt auch verstärkt Zulauf aus den „freien Kameradschaften“ erhält, und sie versucht, sich als Sammlungspartei für die ganze rechte Szene zu etablieren. Und vielleicht findet sich dabei dann auch die Gelegenheit, die „Schulhof-CD“ zu verbieten, die die Nazis in die Klassenzimmer trägt, und die trotz ihrer rassistischen Inhalte immer noch frei verfügbar ist.

Wir Grünen arbeiten auch in allen anderen Bezirken, in denen die Nazis jetzt in der BVV sitzen, mit den anderen demokratischen Parteien zusammen, um einen möglichst breiten gesellschaftlichen Widerstand gegen sie zu organisieren und ihnen in den Rathäusern keine Bühne zu bieten. Allerdings können das die Parteien nicht alleine bewältigen – sie brauchen die Unterstützung der demokratischen Öffentlichkeit zur Abwehr der Gefahr von rechts.



Bezirksgruppe Neukölln, Kontakte: Vorstandssprecher: Gabriela Gebhardt, Tel.: 603 77 54; Heinz Wagner, Tel.: 3251 8912; Postadresse: Bündnis 90/Die Grünen, Postfach 440629, 12006 Berlin

Internet: http://www.gruene-neukoelln.de E-Mail: Vorstand@gruene-neukoelln.de

Bezirksgruppe Alle 14 Tage dienstags um 19 Uhr. in der Seniorentagesstätte „Böhmisches Dorf“, Kirchgasse, Ecke Richardstraße, (Nächsten Termin bitte telefonisch erfragen)

Kontakttelefone Ausländerpolitik/Immigration und Jugend, Kinder, Schule: Susanna Kahlefeld, 687 82 12 Stadtentwicklung, Grünflächen: Jürgen Biele, 663 56 40

Frauen: Carola Scheibe-Köster, 68 0927 73 Gesundheit, Umweltschutz: Gabriela Gebhardt 603 77 54 Homepage der Bezirksgruppe: Jochen Biedermann, 0163 2891707 Soziales und Verkehr: Bernd Szczepanski, 625 72 54 Wirtschaft: Peter Klopp, 61303985



Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Bezirksgruppe Neukölln Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Pressegesetzes: Jürgen Biele (jüb) Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Manfred Herrmann, Gabriele Vonnekold, Gabriela Gebhardt, Heinz Wagner, Bernd Szczepanski; Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen in Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der jeweilige Autor die Verantwortung.

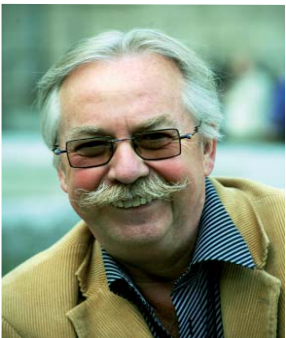
Redaktionsadresse: Neuköllner Stachel, Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Postfach 440629, 12006 Berlin Anzeigenleitung: Gabriela Gebhardt, 603 7754, E-Mail: gabi.gebhardt@snauf.de Druck: Henke Pressedruck GmbH

... aus der Bezirksverordnetenversammlung

Die neu gewählten Bezirksverordneten haben inzwischen ihre Plätze eingenommen und in den vergangenen zwei Sitzungen auch schon „Organisatorisches“ geleistet: Wahl der BVV-Vorsteherin und ihrer Stellvertreter, Wahl des Bezirksamtes, also Bürgermeister und Stadträte, die Bezirksverordneten haben eine Reihe von (Arbeits-) Ausschüssen gebildet und haben sich zur Unterstützung ihrer Arbeit „fach- und sachkundige Bürger“ als Bürgerdeputierte gewählt... Auch die bündnisgrüne Fraktion steht in den Startlöchern bereit, ihren Teil zur Lösung Neuköllner Probleme beizutragen. Der Neuköllner Stachel stellt ihre Mitglieder im Folgenden vor und hat sie nach ihren Aufgabenschwerpunkten gefragt:



Heinz Wagner, 43, Politikwissenschaftler, Fraktionsvorsitzender; Bildung, Integration und Arbeit sind meine Schwerpunktthemen für die nächsten fünf Jahre in der BVV. Gemeinsam mit den übrigen Mitgliedern der Zählgemeinschaft, mit SPD und Linke.PDS, wollen wir die Chancen für die Menschen im Bezirk verbessern. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die Neukölln als Stadtteil attraktiv machen und die Aufenthaltsqualität erhöhen. Neukölln soll zu einem Ort werden, in dem jeder und jede einzelne einen Platz findet und an einem pluralistischen und demokratischen Gemeinwesen teilhaben kann. Ausschüsse: Hauptausschuss, Wirtschaft und Mitglied des Ältestenrats;



Jürgen Biele, 67, Rentner Als Bezirksverordneter in der neuen BVV will ich mich für eine menschenfreundliche Stadtentwicklungspolitik einsetzen, die auch hohen ökologischen Ansprüchen gerecht wird. In den kommenden fünf Jahren wollen wir mit den Neuköllnerinnen und Neuköllnern diesem Bezirk ein neues Gesicht geben: Durch die Schließung des Flughafens Tempelhof wird die Lebensqualität insbesondere im Schillerkiez steigen. Durch eine Umgestaltung der Karl-Marx-Straße – bis hin zur Schließung für den Autoverkehr – und eine bau- und verkehrliche Neuordnung am Hermannplatz soll die Aufenthaltsqualität im Zentrum Neuköllns erhöht werden. Besonders wichtig ist mir auch, dass Grün- und Freiflächen als Bestandteil der Lebensqualität der Neuköllnerinnen und Neuköllner geschützt und erhalten bleiben.

Wir sagen aber auch, was wir nicht wollen: Zur Stärkung des Neuköllner Einzelhandels und der traditionellen Einkaufsstraßen lehnen wir – und zwar ohne wenn und aber – eine Erweiterung der Gropiuspassagen ebenso ab wie großflächigen Einzelhandel auf dem Kindl-Gelände. Diese Politik will ich helfen durchzusetzen. Ausschüsse: Geschäftsordnung, Stadtentwicklung, Natur und Grünflächen, Kleingartenbeirat;



Dr. Susanna Kahlefeld, 42, Lehrerin für Deutsch als Fremdsprache/Lehrbeauftragte an der FU; Wie in der letzten BVV werde ich mich für die bessere Beteiligung der Migrant*innenorganisationen einsetzen, für die Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und für den Abbau von Integrationsbarrieren und Diskriminierung. Ohne Bildung und Beteiligung gibt es keine Integration – schon gar nicht in Neukölln, wo alle unter der Arbeitslosigkeit leiden. Die Bildung, die wir für Neukölln brauchen, umfasst nicht nur das Schulwissen, sondern auch Respekt, Kreativität, Ausdauer. Projekte, in denen Menschen aus verschiedenen Ländern das gemeinsam trainieren können, müssen wir auch in Zukunft unterstützen. Ich möchte etwas dafür tun, dass die Eingewanderten, egal wie lange sie hier schon leben, endlich wirklich in Deutschland ankommen können. Deshalb macht für mich politische Arbeit nur Sinn im Gespräch mit Betroffenen und Akteuren. Wir sind schon lange auf dem Weg in eine multikulturelle Gesellschaft – Ziel sollte jetzt sein, dass wir endlich dort ankommen und das multikulturelle Neukölln gemeinsam gestalten. Dafür lässt sich konkret in unserem Bezirk eine Menge tun. Ausschüsse: Bildung, Schule und Kultur, Jugendhilfeausschuss und Migrationsbeirat;



Engagement und Kompetenz, dafür steht die bündnisgrüne Fraktion in der Neuköllner BVV



Gabriela Gebhardt, 45, Arzthelferin; Als Bezirksverordnete möchte ich mich für die in Neukölln lebenden Menschen engagieren. Unser Bezirk gerät in letzter Zeit nur mit negativen Schlagzeilen in die Medien, trotzdem hat er vieles an Schönerem zu bieten. Probleme im Bezirk gemeinsam mit meinen FraktionskollegInnen anzugehen, wird meine Aufgabe für die nächsten fünf Jahre sein. In Neukölln stirbt man laut dem Berliner Sozialstrukturatlas früher, dem möchte ich mit stärkerer Gesundheitsprävention entgegenwirken. Viele NeuköllnerInnen, nicht nur unsere MigrantInnen, kennen die Angebote des Bezirkes im Gesundheitsbereich nicht oder haben Hemmungen sie anzunehmen. Daher setze ich auf eine intensive Zusammenarbeit zwischen den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, den Apotheken und dem Bezirksamt. Zielgerichtetes Arbeiten auf eine integrierte Versorgung hin halte ich für wichtig. Das Neuköllner Klinikum Vivantes muss weiterhin eine alle Fachrichtungen umfassende Gesundheitsversorgung der Neuköllnerinnen und Neuköllner gewährleisten. Sport ergänzt die Gesundheitsprävention und ist nicht nur körperliche Fitness, sondern fördert gerade im Breitensport soziale Kontakte und dient dem Stressabbau. Für ein langes, gesundes Leben, auch in Neukölln! Ausschüsse: Bürgerdienste und Gesundheit, Sport, Krankenhausbeirat, Behindertenbeirat;



Hanna Schumacher, 28, Rechtsreferendarin Ich wohne seit zwei Jahren in Neukölln, ganz oben im Reuter-Kiez. Gerade hier hat sich in dieser Zeit

viel entwickelt. Eine ganze Reihe der ehemals leer stehenden Ladenräume beherbergt heute auch dank des Zwischennutzungskonzeptes Galerien. Es haben neue Cafes eröffnet. Viele engagieren sich in und für den Kiez. Diese Entwicklung möchte ich gerne fördern und wünsche mir, dass auch weitere Teile Neuköllns von ihr profitieren. Das alleine löst die Probleme unseres Bezirks leider nicht. Entscheidend ist für mich, dass eine solche Entwicklung der Steigerung der Lebensqualität der Menschen in Neukölln dient. Gerade Schwächere müssen die Möglichkeit haben, eine Perspektive zu entwickeln. Dazu müssen Beratungsangebote erhalten und gestärkt werden. Neuköllnerinnen und Neuköllner müssen Zugang zu Aus- und Weiterbildung haben. Deshalb möchte ich mich in der BVV für die Bereiche Wirtschaft, Soziales und Frauen engagieren. Ausschüsse: Verwaltung und Gleichstellung, Wohnen und Umweltschutz;



Bernd Szczepanski, 58, Verlagskaufmann. Ich bin in Neukölln aufgewachsen und am Richardplatz zur Schule gegangen. Die Entwicklung unseres Bezirkes kann ich daher ganz gut beurteilen und ich bin vor allem besorgt über die sozialen Probleme. Besonders Kinder und Jugendliche leiden unter schlechten schulischen Bedingungen, unzureichenden Jugendeinrichtungen und der Armut der Eltern, die ihnen eine individuelle Förderung ihrer Kinder unmöglich macht. Dies gilt vor allem für MigrantInnenfamilien mit ungesicherten Aufenthaltsstatus und damit ohne Perspektive. In der BVV möchte ich mich dafür einsetzen, dass Kinder und Jugendliche stärker gefördert werden. Mein Interesse gilt auch der Verkehrspolitik in Neukölln. Ich bin ein entschiedener Gegner des Weiterbaus der Stadtautobahn nach Treptow. Die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrsangebots ist für mich eine entscheidende Frage von Umwelt und Lebensqualität. Ausschüsse: Eingaben und Beschwerden, Soziales, Verkehr und Tiefbau;

Fünf Jahre Neuköllner Netzwerk Berufshilfe e.V.



von Gabriele Vonnokold, Jugendstadträtin in Neukölln

Am 8.11. feierte das Neuköllner Netzwerk Berufshilfe e.V. sein fünfjähriges Bestehen mit einem „Tag der offenen Tür“ im Jugendberatungshaus in der Glasower Straße. Der Übergang von der Schule in das Berufsleben gestaltet sich für eine steigende Zahl von Jugendlichen zunehmend schwieriger. Leider stehen zur Zeit Ausbildungs- oder Arbeitsplätze nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung, die Konkurrenz um die wenigen Plätze ist groß und Jugendliche, die zusätzliche Probleme mitbringen, drohen bereits am Anfang ihres Berufsweges zu scheitern. Hier bietet das Jugendberatungshaus mit seinen vielfältigen Angeboten von Beratung und Qualifizierung eine wirksame Hilfe an. Die Jugendlichen können einzeln, in Gruppen oder mit ihrer ganzen Schulklasse die Angebote des Jugendberatungshauses nutzen, die sich von Berufsorientierung und Berufswegeplanung, über Bewerbungstraining und Jobrecherche bis zur Vermittlung von Praktika und Qualifikationsmaßnahmen erstrecken. Bei Bedarf werden spezielle Hilfeleistungen für junge Menschen mit besonderem Förderbedarf erstellt und die Maßnahmen langfristig begleitet. Die Jugendlichen können das Mediencafe selbstständig nutzen oder ihre Medienkompetenz unter Anleitung erweitern. Bei der Bewältigung von Schuldenproblemen finden sie kompetente Unterstützung. Das Zusammenspiel von Angeboten der bezirklichen Jugendförderung mit den Angeboten vielfältiger Träger, die sich mit Bildung und Ausbildung befassen und ihre Fördermöglichkeiten anbieten können, und die Zusammenarbeit mit Vertretern von Wirtschaft, Handwerk, Arbeitsagentur und örtlichen Initiativen hat ein tragfähiges Netz geschaffen, das viele Jugendliche mit ihren Problemen beim Start in das Berufsleben mit passgenauen Angeboten auffangen kann. Am „Tag der offenen Tür“ präsentierten die Kooperationspartner des Netzwerkes ihre erfolgreiche Arbeit. Viele Jugendliche hatten Gelegenheit, die vielfältigen Möglichkeiten des Beratungshauses zu erkunden. Das bunte Treiben war ein deutlicher Ausdruck dafür, dass das Haus noch viele gute Jahre vor sich hat.



Wichtiges Gesprächsthema beim Tag der offenen Tür: Die Angebote der bezirklichen Jugendförderung

Ein Kraftwerk wird entsorgt

Heizkraftwerk Rudow weicht der Abrissbirne

Manche Rudower sagen, es war immer ein Fremdkörper in ihrer ruhigen Einfamilienhausgegend: Das Heizkraftwerk Rudow. Einst von der Bewag zwischen Minzeweg und Teltowkanal gebaut war es hauptsächlich als Wärmelieferant gedacht für die in den 1960iger Jahren entstandene Großsiedlung Britz-Buckow-Rudow, später genannt Gropiusstadt.

Die Globalisierung mit ihrem zart aufkeimenden Wettbewerb auf dem Energiesektor hat letztlich dem Heizkraftwerk den Garaus gemacht. Da ein Wärmelieferungsvertrag der Wohnungsbaugesellschaften der Gropiusstadt mit der Bewag auslief, musste er neu ausgeschrieben werden. Und diese Ausschreibung gewann ein Neuling in der kommunalen Energieversorgung: EKT Harpen. Das Unternehmen baute an der Rudower Kanalstraße das erste Berliner Biomasse-Heizkraftwerk und versorgt nun die Gropiusstadt mit preiswerterer Wärme und speist Strom ins Berliner Netz ein. Die Bewag, jetzt Vattenfall Europe, immer schon auf hohem Gewinnniveau, schaute in die Röhre. Nun passte das Heizkraftwerk Rudow, das noch Jahre zuvor mit Millionen-Aufwand „ökologisch aufgerüstet“ wurde, nicht mehr in ihr Berliner Energie-Versorgungskonzept. Nach kurzer Zeit als versorgungstechnischer „Reservist“ ist es stillgelegt und schließlich an einen industriellen Anlagenverwerter verkauft worden. Der hatte kurzzeitig die Idee, das Werk komplett nach China weiter zu

verkaufen. Der Deal soll am Preis gescheitert sein. Nun, seit dem 18. September, ist die Abrissbirne in Rudow tätig. Zuvor hatte das beauftragte Abrissunternehmen, Struckenberg GmbH, Anwohner und interessierte Rudower zu einem „Abgesang“ auf das ehemalige Heizkraftwerk eingeladen. Zusammen mit der Neuköllner Baubehörde informierte Struckenberg über die „Abrisskonzeption und die entsprechenden Entsorgungswege“. Bei Kaffee, Wein und Häppchen wurde den interessierten Besuchern vermittelt, wie ein „zertifiziertes Entsorgungsunternehmen“ mit einem technischen Bauwerk dieser Größe umzugehen gedankt: Sämtliches Material wird auf dem Grundstück Minzestraße „sortenrein“ für die Entsorgung vorbereitet. Allein 60 bis 80 Tonnen Kupfer gehen Turbinen und Generatoren her und



versprechen neben dem üblichen Stahlschrott einen schönen Gewinn für den Entsorger. Allerdings werden die riesigen Kühltürme durch ihre asbesthaltigen Kühlrippeneinheiten „Gewinnabschlag“ verursachen. Die Arbeiten sollen möglichst Anwohner



Das Heizkraftwerk Rudow am Teltowkanal lieferte fast 40 Jahre lang Strom und Wärme für die Gropiusstadt - bald wird es Einfamilienhäusern und einem Sporthafen weichen.

schonend in der Zeit werktags von 7 bis 19 Uhr stattfinden. Ein hoher Erdwall wird die direkten Anwohner vor Lärm schützen. Die mehr als 2,5 Millionen Kubikmeter Gesteinsschutt und 20 000 Tonnen Stahl müssen zu 75 bis 80 Prozent über den Teltowkanal abtransportiert werden. Pro Tag dürfen nur 25 Baufahrzeuge durch das Wohngebiet fahren, alles zum Schutz der Anwohner. Bis Ende 2007 soll dann das Grundstück „besenrein“ einem möglichen Investor übergeben werden. Der Bezirk Neukölln will später auf

dem Gelände Einfamilienhäuser sowie einen Sportboothafen und Sportanlagen errichten lassen. Dem ehemaligen Betriebsrat der Rudower Kraftwerksbelegschaft, Dieter Zernikow, blutet beim Anblick der Entsorgetätigkeiten das Herz. Jahrzehntlang war er hier mit seinen Kollegen tätig. Auch andere haben sich längst von dem alten Kraftwerk verabschiedet: Die Falken, die auf dem Dach des Maschinenhauses so manchen Nachwuchs flügel werden ließen, mussten sich inzwischen schon ein anderes Quartier suchen. jüb

Beginn der Saison, Ende der Zuständigkeit

Nach umfangreichen Aus- und Umbauten ist die Neuköllner Eisbahn pünktlich zu Beginn der Eislaufsaison neu eröffnet worden. Für 6 Millionen Euro wurde die Anlage von Grund auf saniert. Der Zahn der Zeit hatte doch erheblich an dieser für Neuköllns Kinder und Jugendliche so bedeutenden Freizeiteinrichtung genagt. Am Eröffnungstag lief ein buntes Programm der Eisläuferinnen und Eisläufer von den Neuköllner Sportfreunden über die Bühne, will sagen: über die Eisfläche. So mancher Zuschauer erinnerte sich lebhaft bei diesen Vorführungen an seine eigenen Versuche, hier auf der Eisbahn - vor ...zig Jahren - Gleichgewicht und Stehvermögen geübt zu haben.

Für Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) und seine Stellvertreterin Stefanie Vogelsang (CDU) bedeutete die unvermeidliche Schlüsselübergabe (Bild unten) zugleich ein Abgesang auf bisherige Zuständigkeiten: Buschkowsky ist nicht mehr Sportdezernent und Vogelsang hat nicht mehr die Bauverwaltung zu betreuen. Neubeginn und Ende liegen eben manchmal dicht beisammen...



Schillerkiez besenrein!

Ein Samstag im Herbst: Der Verein „proSchillerkiez“ hatte AnwohnerInnen und HelferInnen zu seiner mittlerweile dritten Straßenreinigungsaktion im Schillerkiez aufgerufen. Er setzt sich

innen und Anwohner alles an, was seit langem in Keller und Dachboden vor sich hin rotete und warfen es zum Vergnügen der Kinder in den Schlund der fahrbaren BSR-Presse, wo es gnadenlos zerquetscht wurde.

für die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität im Kiez ein und arbeitet eng mit dem Quartiersmanagement zusammen, organisiert auch erfolgreich eine Wohnungsbörse.



Pünktlich um 11 Uhr präsentierte sich eine beeindruckende Flotte an Reinigungsfahrzeugen und Sperrmüllpressen der Berliner Stadtreinigung (BSR) und das Orange der Dienstanzüge zahlreicher BSR-Mitarbeiter wetteiferte mit den Farben des Herbststaubs, das Straßen und Gehwege bedeckte. Leider waren diesmal weniger Leute gekommen als bei den vorherigen Aktionen, beklagte Frau Hauke, Organisatorin der Aktion. Vielleicht lag es auch an der gleichzeitig stattfindenden Demonstration gegen Sozialabbau, an der teilzunehmen viele Schillerkiezler leider guten Grund hätten. Alle HelferInnen bekamen von einem BSR-Mitarbeiter einen nagelneuen Kehrbesen in die Hand gedrückt und eine Warnweste übergestreift, dann ging's los: Von der Selchower Straße bis zum Herrfurthplatz, auf der anderen Seite wieder zurück und - weil's so schön war - noch um die Ecke in die Selchower Straße hinein bis zur Weisestraße.

Nach gut zwei Stunden fiel es allen schwer, mit dem Kehren aufzuhören, denn die blanke Straße hinter uns war Ansporn genug, auch den Rest des Kiezes zu säubern, aber die BSR wollte Feierabend machen und das gesteckte Ziel war erreicht. Zum Abschluss bekamen alle noch Gutscheine für das vor kurzem von türkischen Frauen neu eröffnete Café Schiller- Ecke Selchower Straße und bei Cafe und leckerer Suppe wurden Erfahrungen ausgetauscht, Kontakte geknüpft, und man war sich einig: solche bürgerschaftlichen Initiativen kann es in unserem Bezirk gar nicht genug geben. Bernd Szczepanski

10 Jahre Frauenviertel in Rudow

Ein Denkmal für wegweisende Frauen und ihre Geschichte in Neukölln

Es war eine Initiative der Neuköllner Frauenbeauftragten, Renate Bremmert, die aus einem Neubaugebiet im Süden Neuköllns das erste „Frauenviertel“ in Deutschland werden ließ. Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung, immer tatkräftig unterstützt von der Abgeordneten der SPD-Fraktion, Jutta Weißbecker, beschlossen, alle 20 Straßen und Plätze in der so genannten Gartenstadt in Rudow nach verdienstvollen Frauen zu benennen. Das Rudower Frauenviertel feiert in diesen Tagen sein 10-jähriges Bestehen.

stimmte noch, denn der Garten dieses neuen Wohngebietes war ein großzügig angelegter Grünstreifen, der zugleich das Gebiet in Richtung Schönefeld öffnete. Dem Beschluss der Neuköllner Bezirkspolitiker, dieses neue Wohngebiet als erstes Frauenviertel Deutschlands zu konzipieren, in dem alle 20 Straßen, Plätze und Wege nach herausragenden „weiblichen Persönlichkeiten“ benannt werden sollten, gingen zum Teil aufgeregte Diskussionen voraus. Die Gegner dieser Initiative, besonders die aus dem konservativen Lager des politischen Spektrums, konnten und wollten nicht glauben, dass es genügend Frauen gab, die sich um Deutschland, Berlin und Neukölln verdient gemacht haben könnten. Diese „Platzhirsche“, wie die Presse damals hämisch titelte, wurden jedoch durch das Auftreten vieler engagierter Frauen deutlich widerlegt. Insgesamt 19 höchst verdienstvollen

Frauen, darunter auch den „Müttern des Grundgesetzes“, Helene Weber, Helene Wessel, Elisabeth Selbert und Friederike Nadig, hat man mit Straßenbenennungen in der Gartenstadt ein Denkmal gesetzt. Aufgrund der großen öffentlichen Beachtung, auch über die Grenzen Berlins hinaus, wurde aus Anlass des 10-jährigen Bestehens des Frauenviertels eine Wanderausstellung konzipiert. Auf 20 Stoffbahnen sind die Portraits der „wegweisenden“ Frauen zu sehen. 150 Jahre Frauengeschichte in Neukölln werden dort präsentiert. Die Ausstellung tourt gegenwärtig durch die Berliner Bezirke.

Im Ausstellungskatalog heißt es in einem Grußwort des Bezirksbürgermeisters Heinz Buschkowsky: „Es wird gezeigt, mit welchem Engagement seit Ende des 19. Jahrhunderts Frauen teilweise mit Gefahr für Leib und Leben das politische Bild der heutigen Zeit mitgeformt und geprägt haben... Diese Leistungen und die damit verbundenen Entbehrungen der Frauen müssen und werden in unserer Geschichte ihren Platz als Vorbild haben.“

Nur eine „Hand voll“ der Straßen Neuköllns tragen bisher weibliche Namen. Eine nächste Gelegenheit könnte sich sehr bald schon ergeben, wenn die Neuköllner Wißmannstraße - dessen Namensgeber eine höchst problematische politische Vita hat - nach dem Willen Neuköllner Bezirkspolitiker umbenannt werden soll...



Haben Sie keine Lust mehr auf Kontierung und Lohnabrechnung... ? Wir helfen Ihnen gerne...

- Kontierung und Buchung Ihrer täglichen Geschäftsvorfälle
- Offene Posten-Verwaltung von Debitoren und Kreditoren
- Div. monatl. Auswertungen, ELSTER, Sonderleistungen
- Preisbsp.: 100,- EUR für max. 120 Geschäftsvorfälle
- Monatliche Lohn- und Gehaltsabrechnung für jeden Mitarbeiter (Preis: 9,80 EUR/Abrechnung) (inkl. aller Beitragsnachweise, An- und Abmeldungen, Lohnjournal, LSt-Besch., Protokolle, LSt.-Anmeldung (ELSTER))

15 Jahre Berufserfahrung

C & M - Brünne (Gbr) | Ind.-Kff. Christine & Dipl.-Kfm. Michael Brünne | Beifußweg 42a, 12357 Berlin

Tel.: 661 00 62 / Fax: 661 00 63
mobil: 0162 - 106 36 92
e-mail: christine.brueenne@web.de

Service rund um Ihr Unternehmen

Das Fegen gestaltete sich zunächst schwieriger als gedacht, manche Blase bildete sich an Händen, die derlei Arbeit nicht gewöhnt waren, bis ein freundlicher BSRler uns zeigte, wie man Kräfte sparend und effektiv mit dem Besen umgeht. Unterdessen schlepten Anwohner-

Neukölln neu denken

Vereinbarung zur politischen Zusammenarbeit mit SPD und Linke.PDS im Bezirk - „Zählgemeinschaft“

„Modern denken und mutig handeln“ so haben die drei Parteien der Zählgemeinschaft ihr Sachprogramm für die Zukunft Neuköllns überschrieben. Damit wollen sie ihre erfolgreiche Politik auch in der kommenden Wahlperiode fortsetzen.
Ihr Ziel: Ein lebendiges, modernes und buntes Neukölln schaffen, soziale Missstände, Arbeitslosigkeit, neue Armut ebenso überwinden wie aufkeimenden Rassismus und Rechtsextremismus.
Neukölln hat große Zukunftschancen und mit seiner kulturellen Vielfalt bietet es reiche Potenziale. Die Lage als Anrainer des Flughafens Berlin Brandenburg International eröffnet zudem Chancen für Arbeitsmarkt und Tourismus.
Die Zählgemeinschaft will Neukölln so entwickeln, dass der Bezirk zum Tor nach Berlin wird, mit hoher Erlebnis- und Aufenthaltsqualität. Das kann nur gelingen, wenn die infrastrukturellen Rahmenbedingungen geschaffen und die heranwachsenden Generationen so auf die Anforderungen der Zukunft vorbereitet werden, dass sie von öffentlichen Transferleistungen unabhängig sind und ein Existenz sicherndes Einkommen selbst erarbeiten können. Im Mittelpunkt der Politik werden die Bildungs- und Jugendpolitik sowie die städtebauliche Erneuerung des Neuköllner Nordens stehen.

Neben der Verabredung, den bisherigen Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky mit vereinten Kräften erneut in dieses Amt zu wählen – dieses Vorhaben gibt auch der „Zählgemeinschaft“ ihren Namen – haben sich die drei Parteien ein höchst anspruchsvolles Sachprogramm für die nächsten fünf Jahre vorgenommen zu verwirklichen. 50 Punkte sind als konkrete Handlungsoptionen aufgelistet: Stadtpolitik für Neukölln, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik, Jugend, Bildung, Sport und Kultur, Integration, Verwaltung, Bürgerbeteiligung, Soziales, Arbeit und Gesundheit sind die Politikfelder, die es zu „beackern“ gilt. Im Folgenden ist eine Auswahl der politischen Schwerpunkte dokumentiert:

Stadtpolitik

„Neukölln entwickelt das historische Stadtzentrum im Dialog mit den Einwohnern durch eine radikale stadtpolitische Neukonzeption.“
Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Neuköllner Innenstadt sollen wesentlich verbessert werden durch Umgestaltung des Hermannplatzes, der Karl-Marx-Straße und des



Böhmischen Dorfes. Visionen zu diesen Maßnahmen: Eine Straßenbahn zum Hermannplatz, Karl-Marx-Straße und Böhmisches Dorf vom Autoverkehr befreien! Das Bekenntnis zur schnellstmöglichen Schließung des Flughafens Tempelhof beinhaltet natürlich die Forderung nach einem „tragfähigen“ Nachnutzungskonzept: Weitgehender Freiflächenhalt (Frischluftschneise), behutsame Bautätigkeit am Randgebiet zum Schillerkiez.

Verkehrspolitik

„Der Bezirk unterstützt die Weiterführung der U-Bahnlinie 7 unter Einbeziehung des Frauenviertels bis zum Flughafen BBI. Der Bezirk wird den Radwege-Masterplan weiter umsetzen“ und zur Förderung des Radverkehrs 50 km Radwege sanieren und Fahrradabstellanlagen auch in Wohngebieten einrichten. „Einzelfallbezogen“ werden weitere Temporeduzierungen in Wohngebieten vorgenommen...



Wirtschaftspolitik

Die Neuköllner Wirtschaft soll in ihrem Bestand durch Teilnahme an EU-Projekten gesichert werden. „Der Bezirk lehnt die weitere Ansiedlung großflächigen Einzelhandels grundsätzlich ab.“



Er unterstützt den Kongress-Standort Estrel. Ausbildungsverbünde sollen gefördert werden.
„Die bezirklichen Liegenschaften werden durch das Bezirksamt zentral bewirtschaftet.“ In diesem Rahmen sollen Energiespartnerschaften abgeschlossen werden. Soweit möglich schafft Neukölln die Voraussetzungen zur Umsetzung eines öffentlichen Beschäftigungssektors. „Der Bezirk fördert und unterstützt Bürgersolaranlagen.“

Jugend, Bildung, Sport und Kultur

„Im Neuköllner Norden werden weitere Jugendeinrichtungen aufgebaut, um wirksam gegen Unterversorgung vorzugehen.“ Für den Süden Neuköllns wünscht sich die Zählgemeinschaft eine Jugendstiftung, finanziert aus Drittmitteln, Schul- und Sportstättenanierung aus Landesmitteln sollen ebenso fortgesetzt werden wie das bezirkliche Sportförderprogramm. Weitere Ganztagschulen, der Erhalt von Schulstationen, die Errichtung von 40 zusätzlichen Unterrichtsräumen und ein Programm zur besseren EDV-Ausstattung der Schulen – 1000 Computer mehr – werden die pädagogische Infrastruktur nachhaltig verbessern. Die „weiterführende Schule“ (Gemeinschaftsschule, 1. bis 10. bzw. 12. Klasse) soll durch Pilotprojekte Neuköllner Schulen unterstützt und gefördert werden.



Die anspruchsvolle Kulturarbeit des Bezirks erhält durch die Einrichtung eines „Kulturzentrums“ auf dem Britzer Gutshof ein zusätzliches Gewicht.

Migrations- und Integrationspolitik

Die Neuköllner Verwaltung wird sich durch die Formulierung und Umsetzung eines interkulturellen Leitbildes den Migrantinnen und Migranten weiter öffnen, dazu gehört

auch die Stärkung der politischen Bedeutung des Migrationsbeirates. Eine offensive Einbürgerungspolitik hat sich die Zählgemeinschaft ebenso vorgenommen wie die Sicherung der Sprachschulen.



Verwaltung und Bürgerbeteiligung

„Die Zählgemeinschaft verfolgt das Ziel, die Transparenz der Verwaltung zu erhöhen.“ Mit verbindlichen Servicezusagen an Bürgerinnen und Bürger wird die Kundenfreundlichkeit der Neuköllner Verwaltung verbessert. Nach wie vor wird es eine Bürgerfragestunde in der BVV geben. Als weitere Bürgerbeteiligung wird zudem – nach Vorliegen von Erfahrungen aus dem Pilotbezirk Lichtenberg – die Möglichkeit eines „Bürgerhaushaltes“, d.h. die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Haushaltsentscheidungen des Bezirkes, geprüft.

Soziales, Arbeit Gesundheit

„Die Förderung der freien Träger ... wird auf der Basis der letzten Jahre fortgesetzt.“ Obdachlos- und Schuldnerberatung sollen ausgebaut werden, die Kältehilfe erhalten bleiben.
„Die Zählgemeinschaft wird alle Initiativen unterstützen, die auf den Erhalt der Hörberatungsstelle in Neukölln gerichtet sind.“ Die Prävention im Gesundheitsbereich soll gestärkt werden. Schließlich verpflichten sich die Mitglieder der Zählgemeinschaft, ihre Einflussmöglichkeiten auf das Jobcenter so zu nutzen, dass der Kundenservice durch verkürzte Wartezeiten und verbesserte Verfahrensabläufe „optimiert“ wird.

Das vorstehende Sachprogramm wird durch eine Reihe von „praktischen“ Verabredungen ergänzt. So sollen „wechselnde Mehrheiten“, auch zu Themen, die nicht Bestandteil der 50 Punkte sind, möglichst vermieden werden, und zwar dadurch, dass „im Vorfeld eine einvernehmliche Linie“ gefunden wird. Dabei beinhaltet die Verabredung zur Zählgemeinschaft „nicht die Aufgabe eigener Positionen und Grundüberzeugungen“, jedoch verpflichtet sie die Beteiligten „auf die Verwirklichung der vereinbarten Ziele und Vorhaben hinzuwirken.“



Partei vorstände und Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linke. PDS haben diese Vereinbarung zur Bildung einer Zählgemeinschaft am 18. Oktober 2006 unterzeichnet und am 26. Oktober bei der Konstituierung der Bezirksverordnetenversammlung einen wesentlichen Inhalt „umgesetzt“. Die Wahl von Heinz Buschkowsky (SPD) zum Bezirksbürgermeister von Neukölln.



Sie wollen die gute Zusammenarbeit aus der vergangenen Wahlperiode auch für die nächsten fünf Jahre „pflegen“: Die Zählgemeinschaft aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linke.PDS - von links: Heinz Wagner (Grüne), Jürgen Koglin (SPD), Dr. Sylvia Stelz (Linke.PDS), Heinz Buschkowsky (SPD), Heinz Schugowski (Linke.PDS), Gabriele Vonnekold (Grüne), Fritz Felgentreu (SPD);

Die Neuköllner Bezirksgruppe von Bündnis 90/Die Grünen hat der Zählgemeinschaftsvereinbarung mit SPD und Linke.PDS zugestimmt. In einer Erklärung erläutert sie den Inhalt dieser Vereinbarung und interpretiert sie:

Mit den insgesamt 50 Punkten für ein Neukölln mit Zukunft hat die Zählgemeinschaft ein ambitioniertes Projekt zur Verbesserung der Lebensqualität in Neukölln aufgestellt.

Den Grünen liegt dabei eine weitere Stärkung der Jugendarbeit insbesondere im Norden Neuköllns am Herzen. Gabriele Vonnekold, inzwischen grüne Jugendstadträtin, meint hierzu: „Deshalb werden wir die Mittel für die freien Träger trotz der angespannten Haushaltslage erhalten. Darüber hinaus wird die Zählgemeinschaft neue Jugendeinrichtungen im Norden aufbauen.“ Aber auch stadteplanerisch wollen die Grünen in der kommenden Wahlperiode viel bewegen. Durch die Schließung des Flughafens Tempelhof wird die Lebensqualität insbesondere im Schillerkiez steigen. Unter Beteiligung der Anwohner soll der Norden Neuköllns umgestaltet werden. Jürgen Biele (Baupolitischer Sprecher der grünen Fraktion) meint hierzu: „Durch eine Umgestaltung der Karl-Marx-Straße, die bis zur Schließung gehen kann, und eine verkehrliche Neuordnung am Hermannplatz soll die Aufenthaltsqualität erhöht und der Handel in diesem Bereich gestärkt werden. Dies ist eine höchst anspruchsvolle Vision und wird allen Beteiligten ein gehöriges Maß an „Umdenken“ abverlangen. Darüber hinaus werden wir uns weiter für ein fußgänger- und fahrradfreundlichere Verkehrsgestaltung einsetzen und den Radrouten-Masterplan für Neukölln umsetzen.“ Zur Stärkung des vorhandenen Einzelhandels und der Einkaufsstrassen halten die Grünen in Neukölln an ihrer ablehnenden Haltung gegenüber

weiterem großflächigen Einzelhandel fest. Dazu Jürgen Biele: „Die restriktive Haltung der Zählgemeinschaft in dieser Frage ist ein grüner Erfolg: Eine Erweiterung der Gropius-Passagen ist damit für uns ebenso vom Tisch – und zwar ohne wenn und aber - wie großflächiger Einzelhandel auf dem Kind-Gelände.“

Daneben werden sich die Grünen auch in dieser Wahlperiode für die Belange der Migrantinnen und Migranten im Bezirk einsetzen. Dazu sagt Susanna Kahlefeld, (Migrationspolitische Sprecherin der Fraktion): „Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung hat eine zentrale Bedeutung für die Integration der Migrantinnen und Migranten. Deshalb unterstützen wir die Entwicklung und Umsetzung eines interkulturellen Leitbildes für die Neuköllner Verwaltung und fordern bei Einstellungen Migrantinnen und Migranten vermehrt zu berücksichtigen. Darüber hinaus werden wir uns weiter für ein direktes Rede- und Antragsrecht des Migrationsbeirats in der BVV einsetzen. Mit der Vereinbarung in der Zählgemeinschaft die Anträge des Migrationsbeirats in der BVV einzubringen haben wir hier ein wichtiges Zwischenziel erreicht.“



Ja, ich abonniere den Neuköllner Stachel

und habe mindestens 5,- € (Porto für ein Jahr) auf das Konto des Ortsverbandes Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Konto: 1470 00 5529 bei der Berliner Sparkasse, BLZ 10050000, Kennwort „Stachel“, überwiesen.

- Ich möchte nicht nur ein, sondern _____ Exemplare pro Ausgabe, ohne mehr zu zahlen.
- Ich möchte Mitglied werden

Vorname, Name _____ Straße _____ Wohnort _____

Einsenden an: Bündnis 90/Die Grünen Neukölln Postfach 440628, 12006 Berlin



Zumutungen...

Schon oft – vielleicht viel zu oft – ist an dieser Stelle über merkwürdige Verhaltensweisen einer Neuköllner Bezirkspolitikerin berichtet worden. Gemeint ist die Kreisvorsitzende und stellvertretende Landesvorsitzende der CDU, die Neuköllner Stadträtin Stefanie Vogelsang. Hatte sie doch ernsthaft – wirklich ernsthaft? – geglaubt, nach einem für sie fast desaströsen Wahlergebnis mit Hilfe der Grünen vielleicht doch noch Bürgermeisterin von Neukölln zu werden. Dieser Glaube führte sie auch in eine Parteiversammlung der Neuköllner Bündnisgrünen, um dort mit sirenenhafter Stimme für sich um grüne Gunst zu buhlen.

Kann es Frau Vogelsang wirklich wundern, dass nach allen politischen wie menschlichen Erfahrungen, die Neuköllns Grüne in den letzten fünf Jahren mit ihr gemacht haben, die Bereitschaft zu „gemeinsamer Sache“ nicht sonderlich groß war? Zumal sie weniger inhaltliche „Angebote“ – welche denn auch! – zu den Grünen brachte, als vielmehr die Neuköllner Bündnisgrünen zu einem durchsichtigen „Machtpoker“ aufforderte: „Schließlich könnte man doch als grünes Zunglein an der schwarzen Waage jede Entscheidung im Bezirksamt beeinflussen, vielleicht sogar den Bürgermeister stellen?“

Als das Werbender Kreisvorsitzenden im grünen Gefilde erfolglos blieb, schlug ihre Liebeserklärung in pure Frustration um. Einmal mehr entlarvte sich die nun gewesene Baustadträtin durch ihre Reaktion: Mit Blick auf die neue Senats-Koalition maulte Vogelsang: „Im Bezirk küssen sie den Stiefel, der sie auf Landesebene tritt!“ Und meinte die Grünen.

Dass Vogelsang den neuerlichen Machtverlust der CDU in Neukölln nicht prickelnd findet, ist verständlich. Die Grünen zu kritisieren, dass sie sich von der SPD mit einem, wie sie meint, „bedeutungslosen Stadtratsposten abspesen lassen“, ist ihr gutes Recht. Aber die Neuköllner Grünen aufzufordern, Steigbügelhalter für eine Bezirksbürgermeisterin Vogelsang zu werden, die Jugendarbeit im Bezirk für bedeutungslos hält, das ist – unter der Lupe betrachtet – eine unverschämte Zumutung!

Jürgen Biele

Des Stachels bunte Seite

Verkehrspolitik ändern, nicht das Klima!

Neues Strategiepapier der Grünen zur Verkehrspolitik

Im Rahmen der European Mobility Week, die seit 2002 von der EU-Kommission in jedem September durchgeführt wird, haben die Grünen im Europäischen Parlament ein neues Strategiepapier für „Soft Mobility“ mit konkreten Vorschlägen für einen Umstieg von umweltschädlichen auf nachhaltigere Verkehrsarten vorgestellt.

Die Strategie für eine zukunftsorientierte und klimafreundliche Verkehrspolitik ist eingebettet in die Climate Change Campaign der Fraktion, weil ohne eine Änderung der Verkehrspolitik die Kioto-Ziele nicht erreicht werden, zu denen sich die EU ja verpflichtet hat.

Bei einer Pressekonferenz in Brüssel erklärte der grüne Europa-Abgeordnete Michael Cramer, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen: „Der Verkehr ist die am schnellsten wachsende Quelle für Treibhausgas-Emissionen. Er verursacht rund 30 Prozent des Ausstoßes in der EU, wobei Straßen- und Luftverkehr den Löwenanteil ausmachen. Der Straßen- und Luftverkehr ist für ein Drittel der klimaschädlichen CO₂-Emissionen verantwortlich und hat einen Anteil am Ölverbrauch von rund 70%, da die im Verkehr verbrauchten Kraftstoffe zu 96 % aus Erdöl gewonnen werden. Die starke Zunahme des Verkehrs gefährdet auch die Fortschritte, die in anderen Sektoren bei der Verringerung der Treibhausgasemissionen gemacht wurden, und damit auch unsere Verpflichtungen im Rahmen des Kioto-Protokolls.“

Mit dem nun vorgestellten Strategiepapier, wollen die Grünen

nicht nur auf die Problematik der steigenden Verkehrsemissionen aufmerksam machen, sondern schlagen auch eine Reihe von konkreten Maßnahmen vor, um diesen Trend zu stoppen und umzudrehen. „Soft Mobility“ bedeutet, dass wir die Art, wie wir uns fortbewegen, radikal verändern und die Benutzung von stark umweltschädlichen Verkehrsarten so weit wie möglich einschränken. Die Strategie schlägt ein neues Konzept für „Urbane Mobilität“ vor, das die Menschen motiviert, mehr zu Fuß zu gehen, Rad zu fahren, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen und sich an „Carsharing“ oder Carpooling“ zu beteiligen.

Konkret wollen die Grünen:

- auf der Basis von 1990 die CO₂-Emissionen im Verkehr bis 2012 um 8% und bis 2020 um 30% absenken,
- den Modal Split zugunsten der

umweltfreundlichen Verkehrsarten um jährlich 1 Prozent verschieben,

- eine verbindliche Obergrenze für die Gesamtmenge der CO₂-Emissionen aus dem Verkehr - bis 2012 auf 120g/km, bis 2020 auf 80g/km - einführen,
- die externen Kosten internalisieren und die selektiven Steuersubventionen abschaffen und
- den gesamten Verkehr in den CO₂-Emissionshandel (Kioto II) einbeziehen.



Daher brauchen wir einen Kurswechsel in der europäischen Verkehrspolitik: Das Verkehrswachstum muss vom Wirtschaftswachstum entkoppelt und die Privilegien, die derzeit der Straßen- und Luftverkehr genießen, müssen beendet werden. Die Politikerinnen und Politiker müssen sich aktiver für saubere Verkehrstechnologien einsetzen.



Flüchtlinge...

Mautflüchtlinge sind eine neue Spezies im tonnenschweren Straßenverkehr. Seit die rot-grüne Bundesregierung die LKW-Maut eingeführt hat, versuchen die Brummis, sich der Abgabepflicht zu entziehen und fahren über Land oder – bei uns in der Stadt – sie durchfahren Wohngebiete. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) fordert von Politik und Verwaltung, und dazu zählt natürlich auch die Polizei, endlich effektive Maßnahmen zu ergreifen, um die Bevölkerung vor den Folgen des zunehmenden Verkehrs zu schützen.

Besonders in den Morgen- und Abendstunden, wenn einige der innerstädtischen Ampelanlagen ausgeschaltet sind, verlassen die Laster die Autobahnen und nutzen die „freie Fahrt“ durch die Stadt. Unbehelligt durchfahren sie dann sogar eigentlich für sie gesperrte Straßen wie die Neuköllner Silbersteinstraße. Die Polizei sieht sich nicht in der Lage, diese Verstöße zu ahnden.

Für den BUND ist das nicht hinnehmbar. Er fordert Politik und Verwaltung auf, bei zu starken Durchgangsverkehr Straßen für LKW zu sperren und die Verbote auch durchzusetzen.

Der Stachel für die Kids



Der Igel erklärt's euch

Das kennt ihr ja sicher schon:

Mit den kühlen Temperaturen, Nässe und Regen im Herbst kommen auch die Erkältungskrankheiten. Nicht nur ältere Menschen sind besonders von Grippe betroffen: Auch für euch kann das Grippe-Virus zur Gefahr werden. In Deutschland werden jedes Jahr schätzungsweise 3.000 Kinder unter drei Jahren wegen Grippe ins Krankenhaus eingewiesen. Grippe-Viren sind häufige Auslöser für Atemwegserkrankungen, Mittelohrentzündungen, Lungenentzündungen und Pseudokrupp.

Eine Impfung beugt vor: So seid ihr gut gerüstet gegen Grippe und die damit verbundenen Folgeerkrankungen. Gerade, wenn ihr Asthma oder

Diabetes habt, ist die Impfung sehr wichtig. Ein Pieksler ist ab dem sechsten Lebensmonat möglich.

Wenn Grippe bei Kindern verhindert wird, bedeutet dies weniger Komplikationen und weniger Einsatz von Arzneimitteln. Vorbeugen ist die bessere Medizin.

Die echte Virus-Grippe wird häufig mit dem grippalen Infekt, einer vergleichsweise harmlosen Erkrankung, verwechselt. Bei einer solchen Erkältung kommt es meistens zu Schnupfen, Husten und leichtem Fieber, während Grippe jedes Jahr sehr vielen Menschen das Leben kostet. Nur wenn hohes Fieber ganz plötzlich auftritt, handelt es sich um eine echte Grippe - die Influenza. Das Fieber kann Werte von 41 Grad Celsius erreichen und wird häufig von Gelenk- und Muskelschmerzen, starken Kopfschmerzen, Schüttelfrost, Schweißausbrüchen und Appe-

titosisigkeit begleitet. Auch ein starker, trockener Husten spricht für eine echte Grippe. Man hat ein ausgeprägtes und starkes Krankheitsgefühl. Allerdings müssen nicht alle Krankheitszeichen auftreten, da jeder auf das Grippevirus anders reagiert.

Die echte Grippe - Influenza - verläuft bei Kindern häufig unauffälliger als bei Erwachsenen. Hohes Fieber, trockener Husten und der plötzliche Beginn sind typisch für eine Infektion mit Influenza-Viren. Bei Kleinkindern kann der Beginn einer Grippeerkrankung ganz unterschiedlich daher kommen. Bauchschmerzen, Übelkeit, Durchfall und manchmal auch ein Hautausschlag können erste Anzeichen einer beginnenden Influenza sein. Aber auch Appetitlosigkeit und Unwohlsein können auf eine Virusinfektion hinweisen.

Es wird empfohlen, die Grippeimpfung möglichst jedes Jahr in der

Zeit von September bis November durchführen zu lassen. Eine Impfung ist jedoch auch zu einem späteren Zeitpunkt noch möglich und sinnvoll, da der Impfschutz bereits 7 bis 14 Tage nach dem „Pieksler“ voll wirkt.

Was geschieht beim Impfen?

Durch eine Impfung wird das Immunsystem dazu angeregt, Antikörper gegen den Erreger einer bestimmten Krankheit zu bilden und ein „Gedächtnis“ aufzubauen. Gelangen dann die wirklichen Erreger in den Körper, „erinnert“ sich das Immunsystem, und der Erreger wird unschädlich gemacht.

Gibt es Nebenwirkungen?

Ja, geringe: Schwellungen und Rötungen an der Einstichstelle, allgemeines Unwohlsein, leichtes Fieber und Kopf- oder Gliederschmerzen. Wenn sie auftreten, sind sie aber meist innerhalb eines Tages wieder verschwunden.

Nur ein kleiner Pieksler - die Grippeimpfung



Der letzte Punkt
 Einer geht noch: Schon wieder soll es einen möglichen Investor geben, der den Flughafen Tempelhof und alles drumrum mit vielen Millionen am Leben erhalten will. Wieder wird hier ein Luftschloss gebaut: Von wegen Luxusklub für gut betuchte und gesetzlich Versicherte! Berlins Krankenhäuser haben immer noch zu viele Betten. Und die Scheichs kommen mit Super-Boings und landen in Schönefeld, denn auch sie sind - wie viele Menschen - lärmempfindlich. Also: Tempelhof schließen, wie beschlossen.